

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 1. Dezember 2020 / Mardi après-midi, 1^{er} décembre 2020

Grosser Rat / Grand Conseil

**30 2020.RRGR.176 Motion 125-2020 Grüne (de Meuron, Thun)
Digitales Parlament 2.0**

**30 2020.RRGR.176 Motion 125-2020 Les Verts (de Meuron, Thun)
Parlement numérique 2.0**

Präsident. Traktandum 30, eine Motion der grünen Fraktion, «Digitales Parlament 2.0». Der Antrag des Büros des Grossen Rates ist Annahme als Postulat. Ich gebe das Wort der Vertretung der Motionäre, Grossrätin Andrea de Meuron. Ich sehe sie im Anmarsch.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Ganz grundsätzlich freut es mich, dass das Anliegen, dass das Parlament in Ausnahmesituationen auch digital tagen kann, vom Büro des Grossen Rates grundsätzlich positiv aufgenommen wird. Doch gerade in Anbetracht dieser positiven Antwort überrascht es mich am Schluss dann doch ein bisschen, dass das Büro des Grossen Rates das Ganze nur als Prüfauftrag, also in Postulatsform, annehmen will. Man ist sehr aktiv, wenn es darum geht, den Parlamentsmitgliedern einen digitalen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Wir haben jetzt alle so schicke Kopfhörer erhalten. Ich hoffe, diese sind jetzt schon fest im Einsatz. Zum Teil haben Sie vielleicht auch gemerkt, dass es nicht funktioniert, wenn man es gern hätte. Und ich erlaube mir hier auch die Bemerkung, dass ich finde, dass gerade zu diesem Thema eine Strategie nötig wäre, was dies genau bewirken soll, weil sich mir der Mehrwert noch nicht in allen Teilen erschliesst.

Aber zurück zum Vorstoss: Da geht es ja darum, dass wir den Parlamentsalltag in Ausnahmesituationen neu regeln können. Mir ist es ganz wichtig, zu betonen: Ich rede von Ausnahmesituationen, weil das Parlament als solches – das «parlere», eben der informelle Austausch und der persönliche Kontakt – sehr wichtig ist. Auch wenn wir gemäss der Antwort im Grossen Rat im Lockdown keinen Unterbruch der politischen Arbeit verzeichnen mussten – wir haben jetzt ja auch schon eine etwas andere Situation, als wir sie damals im März hatten –, haben Sie doch wahrscheinlich alle wie ich auch erlebt, dass es anspruchsvoll ist, den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten, oder dass wir unter Berücksichtigung der Schutzmassnahmen auch sehr hohe Mehrkosten haben. Ich erinnere hier gern auch noch an die jüngsten Diskussionen. Wir haben fast täglich eine neue Situation, und das Büro des Grossen Rates muss darüber befinden: Wie gehen wir damit um? Was machen wir? Es sind Leute in Quarantäne. Es ist wirklich eine grosse Herausforderung.

Darum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bin ich klar der Meinung: Wir haben Handlungsbedarf. Wir hätten uns vermutlich vor einem Jahr noch nicht vorstellen können, wie dieses Virus unser Leben auch im Parlamentsbetrieb verändert. Eine Pandemie ist eigentlich rein statistisch gesehen immer mal wieder möglich. Es dauert halt jeweils ein paar Jahre, bis wieder eine solche Situation eintrifft. Es gibt aber auch andere Notfälle, die dazu führen könnten, dass sich das Parlament nicht physisch treffen könnte. Und klar: Wir alle stellen uns Notfälle lieber nicht vor, aber wir machen doch gleichzeitig auch nicht eine Vogel-Strauss-Politik.

Meiner Meinung nach müssten wir gerüstet sein – unbedingt gerüstet –, und wenn uns die Technologien dann schon die Möglichkeit *bieten*, dann sollten wir doch jetzt unbedingt handeln, und zwar ernsthaft, konsequent, und nicht so zögerlich! Es gibt sicher technische Umsetzungen, nicht nur für das Abstimmen, sondern auch für das aktive Mitmachen; es ist ja eigentlich nichts einfacher als ein Parlament, eine Parlamentsdebatte, bei der sowieso in der Regel immer nur eine Person spricht – im Normalfall –, und bereits heute werden diese Debatten auch veröffentlicht, live, und von daher sieht man ja: Die Möglichkeiten sind da. Sogar die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrates will konkreter werden und diesbezüglich auch vorwärtsgehen. Auch in Bezug auf diese Ausnahmesituationen hat gerade der Nationalrat ... respektive hat man überparteilich entsprechend geschaut, wie man das Parlamentsgesetz (ParlG) temporär anpassen kann.

Also, auch hier: Ich finde, Kanton Bern, Berner Parlament – los! Wir sollten jetzt konkret die nötigen Schritte einleiten. Das würde uns und unserer Demokratie guttun. Daher wäre ich eigentlich klar

dafür, dass wir hier einen verbindlichen Auftrag geben und eine Motion überweisen würden. Ich höre jetzt aber gerne auch zu, was die Argumente wären, wieso es *nicht* verbindlich sein soll und wieso wir hier lieber einen Prüfauftrag überweisen wollen, der nicht eine verbindliche Umsetzung gewährleistet. Je nachdem würde ich dann auch meine Haltung ändern. Ich wäre auch noch froh, wenn ich hören würde, ob allenfalls eine ziffernweise Abstimmung helfen würde.

Präsident. Bevor ich das Wort dem Sprecher des Büros gebe, geht es an Frau Grossrätin Ursula Marti als Vertreterin der Mitmotionärin, der SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Ursula Marti, Bern (SP). Im Frühling, in der ersten Corona-Welle, fühlte ich mich als Grossrätin sehr unwohl und ohnmächtig. Es wurden mehrere Kommissionssitzungen abgesagt, und es war auch nicht klar, ob und wann der Grosse Rat tagen kann – und dies, obwohl es gerade in einer solchen Situation besonders wichtig ist, dass wir unsere Funktion wahrnehmen können. Ich möchte dies nicht noch einmal erleben, dass wir handlungsunfähig werden, weil das Tagen vor Ort unmöglich geworden ist. Auch die heutige Situation mit 10 Personen von uns in Quarantäne zeigt, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Die betroffenen Personen sind alle zu Hause und könnten eigentlich an der Sitzung teilnehmen und abstimmen, wenn es die Technik und das Gesetz erlauben würden. Wenn in einer Fraktion mehrere Personen wegen einer Pandemie nicht anwesend sein können, verfälscht dies das Abstimmungsergebnis und ist undemokratisch – ganz egal, welche Fraktion davon betroffen ist. Jetzt hat es uns betroffen, es kann aber auch alle anderen treffen. Der Handlungsbedarf ist also gegeben, damit wir inskünftig und möglichst bald digital tagen können und auch Vorstösse digital einreichen können. Ich bitte Sie deshalb inständig, diese Motion zu unterstützen.

Das Ratsbüro ist in seiner Antwort eher zögerlich und empfiehlt nur ein Postulat. Dies kann ich nicht so ganz verstehen. Die Forderungen sind in meinen Augen «Basics». Sie sind nötig und auch absolut machbar, sowohl technisch wie gesetzgeberisch. Es ist ja eigentlich nur eine Minimalvariante dessen, was es braucht. Mehr kann man immer machen, aber weniger eigentlich nicht.

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Auch der Kanton Bern schreibt sich die Digitalisierung all seiner amtlichen Dienstleistungen auf die Fahne und will sie schnell vorantreiben. Da kann doch der Grosse Rat nicht zurückstehen! Auch daher wirklich noch einmal meine Bitte, die Motion zu unterstützen. Das Argument für das Postulat, welches das Ratsbüro nennt – dass man noch weiter gehen möchte, als es die Motion fordert –, ist nicht logisch. Weiter gehen als gefordert kann man immer, aber nicht weniger weit. Es ist also im Gegenteil ganz im Sinne der Motion, dass man auch noch weiterdenkt. Danke für Ihre Unterstützung.

Präsident. Pour le Bureau, je donne la parole à M. Hervé Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le Bureau du Grand Conseil vous invite effectivement à transformer la motion en postulat. L'intérêt pour le sujet est fort, il est d'actualité : les circonstances actuelles de la pandémie nous poussent à sortir de nos ornières et à explorer la législation avec un autre regard. Nous vivons des moments inédits à la présidence et au Bureau depuis ce printemps en raison des décisions que nous prenons pour garantir le bon fonctionnement de notre institution parlementaire. Le rapport en fait écho, je ne vais pas revenir dessus.

La pandémie a montré les limites de notre législation actuelle lorsque celle-ci est confrontée à des situations extraordinaires. L'intervention de Mme la députée de Meuron souhaite qu'un examen soit mené sur le plan technologique et que, sur la base de l'expérience acquise, nous revisitions le fondement du Parlement qui est basé sur l'impératif de la présence pour siéger.

Le Bureau propose la transformation en postulat pour que l'examen souhaité comprenne un volet institutionnel et politique. La crise du coronavirus interpelle en effet aussi ces aspects-là. Le rapport mentionne la vérification de la position et de la participation du Grand Conseil dans des situations extraordinaires ou dans le cadre de l'application du droit d'urgence, notamment sous l'angle des compétences financières. Nous pourrions également mentionner le rôle du Grand Conseil en cas d'incapacité du Conseil-exécutif à gouverner : quelles seraient les compétences du législatif le cas échéant ? Aujourd'hui, la législation est muette à ce sujet. Ces pistes innovantes qui vont au-delà de la question de la digitalisation, nous devons nous donner les moyens de les explorer afin de répondre de manière plus pertinente à ce type de situation d'urgence.

Je vous signale qu'aujourd'hui-même, la Commission des institutions politiques du Conseil national (CIP-CN) a soumis un projet de modification urgente de la loi sur le Parlement (LParl) visant à per-

mettre aux membres du Conseil national touchés par la COVID-19 de voter de chez eux. Cette règle ne s'appliquerait qu'au Conseil national. Le seul droit que les membres de ce Conseil pourront exercer, est le droit de vote. Les autres droits parlementaires ne pourront être exercés que dans la salle. La possibilité de voter ainsi sera limitée dans le temps jusqu'à la session d'automne 2021.

La Commission des institutions politiques du Conseil des Etats (CIP-CE) a d'ores et déjà donné son feu vert à un tel processus. Si le projet est adopté par les deux Chambres, sans qu'aucune procédure d'élimination des divergences soit nécessaire, la modification concernée pourra entrer en vigueur le 11 décembre de cette année en vue de la troisième semaine de la session d'hiver des Chambres fédérales.

Prenons exemple sur nos amis parlementaires fédéraux : il est grand temps que le Grand Conseil bernois se donne les outils lui permettant de fonctionner avec la souplesse requise en temps de situation d'urgence. Je vous remercie de votre attention et vous recommande d'accepter la transformation de la motion en postulat.

Präsident. Nous passons aux groupes, je donne la parole pour l'UDC à Mme Anne-Caroline Graber.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (UDC). Il est vrai que presque tous les domaines de notre société et de notre économie ont été fortement touchés par la crise provoquée par les vagues successives du COVID-19. Une des grandes conséquences de cette crise réside dans l'accélération de la digitalisation de notre société et de notre économie. Aujourd'hui, par exemple, on achète de plus en plus « online », toujours plus de personnes sont poussées au télétravail. De manière regrettable, il est par exemple de plus en plus difficile d'acheter des billets de chemins de fer aux guichets des gares. Si elle facilite parfois la vie, la digitalisation présente aussi plusieurs inconvénients qu'il ne convient pas d'évoquer dans le contexte de nos débats.

La crise du coronavirus impacte également la sphère politique. Au lieu de siéger au « Rathaus », notre Grand Conseil travaille dans des espaces plus grands et moins historiques avec également des problèmes de représentativité tels qu'on a pu le vivre au travers des décisions qui ont été prises cet après-midi. Dès lors, les motivations à l'origine de la motion dont nous traitons sont tout à fait compréhensibles. Nous pouvons accepter que quelques séances de commission aient lieu par visioconférence. Dans une situation de crise, cette solution est appropriée et même plus, indiquée, voire indispensable. Cependant, la participation physique à une séance de commission est fondamentalement toujours clairement préférable à une visioconférence.

Concernant les sessions du Grand Conseil, la solution de la digitalisation ne devrait jamais entrer en ligne de compte. On ne pourrait y songer que dans le cas d'une catastrophe naturelle de grande ampleur ou d'une guerre nucléaire. Et même dans ce cas, une session du Grand Conseil par « Zoom » ou « Skype » ne pourrait absolument pas avoir lieu. L'activité politique se nourrit très largement de contacts personnels, directs, et se déroule selon des procédures auxquelles toutes et tous doivent pouvoir participer aisément. Bien des solutions de compromis utiles à l'ensemble de la collectivité se nouent en buvant un café ou en faisant quelques pas ensemble. Pas plus que les acteurs de la vie sociale et économique, les femmes et les hommes politiques ne peuvent se passer longtemps de contacts humains et d'échanges enrichissants directs.

En raison des arguments que je viens d'énoncer, le groupe UDC s'opposera à la motion à l'unanimité. Près de la moitié des membres de notre groupe soutiendra le texte qui est soumis à notre appréciation sous la forme d'un postulat avec la possibilité d'étudier, par exemple, les pistes qui sont aujourd'hui en discussion au niveau fédéral.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP hat diesen Vorstoss gründlich diskutiert, und seit wir ihn diskutiert haben, ist er noch einmal dringlicher geworden, leider. Wir sind klar der Meinung, dass es ein Krisenszenario über diesen Vorstoss hinaus braucht, nämlich auch für den Grossen Rat selbst, und wir erwarten, dass das Büro hier aktiv wird und zum Beispiel folgende Fragen beantwortet: Wie können Leute in der Quarantäne zu Hause abstimmen? Inwiefern können Personen, die krankgeschrieben sind, eventuell trotzdem unter bestimmten Bedingungen virtuell an den Sitzungen teilnehmen? Inwiefern können auch Frauen im Mutterschaftsurlaub eventuell an Sitzungen teilnehmen? Wir denken, dass vor allem das Büro bei diesen Fragen aktiv werden muss. Es hat sich gezeigt, dass der Regierungsrat wenig Interesse hat, uns in dieser Sache zu unterstützen. Das Büro bringt auch die nötige Sensibilität mit, dass es halt doch immer wieder auf wenige oder manchmal sogar auf eine Stimme ankommt, damit etwas durchkommt, und dass es nicht egal ist, wenn plötz-

lich 5 oder 10 Personen auf der linken oder auf der bürgerlichen Seite oder auch in der Mitte fehlen. Es wäre auch blauäugig, wenn man sagen würde, dass Corona ein absoluter Ausnahmefall sei – meine Vorrednerin hat auch ein paar andere Fälle aufgezählt – und dass man diese Krise ja sowieso schon lange bewältigt habe. Als wir den Vorstoss einreichten – ich bin ja auch Mitmotionärin –, hatte man diesen Eindruck, aber wir wissen heute, dass dies nicht der Fall sein wird. Es geht darum, dass man diese Sache *jetzt* angeht, auch wenn die Corona-Krise hoffentlich im Frühling dann doch langsam ein Ende nehmen könnte.

Und damit komme ich noch zu einem Nachtrag, bei dem ich nicht genau weiss, an wen ich diesen richten muss. Dazu hat die Motionärin auch schon etwas gesagt: dass wir Grossrätinnen und Grossräte ja kürzlich einen sogenannten Workplace auf unseren privaten Computer verpasst bekommen. Ich kann es nicht anders sagen: Die Einführung dieses Workplace ist missglückt, wäre aber eine Voraussetzung, damit man beim «Parlament 2.0» einen Schritt weiter käme. Wir erwarten vom Büro, dass es auch in dieser Beziehung Schritte unternimmt und uns nutzerfreundliche Lösungen zur Verfügung stellt. Dass dies geht, zeigt uns der Bund, also Nationalrat und Ständerat, wo die Parlamentarier und Parlamentarierinnen seit Jahren – sogar seit Jahrzehnten – massgeschneidert in Richtung Digitalisierung unterstützt werden, ohne dass sie zuerst an seitenlangen Handbüchern verzweifeln müssen oder stundenlangen Support in Anspruch nehmen müssen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich rede hier als Fraktionssprecher, bin aber auch Mitmotionär und schliesse mich eigentlich in der Argumentation den drei vorangehenden Mitmotionärinnen an. Ich will Ihnen einfach noch einmal vor Augen führen: Als wir den Vorstoss einreichten, war die Aktualität noch nicht so, wie sie jetzt ist. Ich glaube, jetzt ist die Aktualität selbstredend: dass wir genau einen solchen Vorstoss brauchen, dass wir diesen als Motion in beiden Punkten überweisen müssen und dass wir nachher hier eine möglichst kleine, schlanke gesetzliche Basis beschliessen müssen, die es uns ermöglicht, gerade in solchen Krisenphasen resistent zu sein, tagen zu können und vor allem auch die Repräsentativität gewährleisten zu können.

Ich glaube, es ist nicht nur ein Anliegen, um den Parlamentsbetrieb und quasi die Pandemie- und Krisenfestigkeit zu gewährleisten; es ist auch ein Mitziehen mit der Verwaltung, die ja die Digitalisierungsstrategie, die wir beschlossen haben, jetzt umsetzen wird. Dies betrifft uns auch. Es ist auch ein Mitziehen mit sehr, sehr vielen Betrieben hier im Kanton Bern, die Büroarbeit verrichten, so wie auch ich in einem arbeite. Ich gebe einfach zu bedenken, dass mein Büroalltag momentan so aussieht, dass ich von zu Hause aus arbeite – und es geht! Man kann sehr gut Sitzungen abhalten, man kann sehr gut Absprachen machen, man kann sehr gut auch als grösseres Gremium tagen, und es *mindestens* so effizient, wie wenn man sich physisch trifft – manchmal zumindest.

Ich glaube, hier sollten wir als Parlament mitziehen. Wir sind im 21. Jahrhundert. Wir brauchen das «Parlament 2.0», die gesetzliche Grundlage. Die gesetzliche Grundlage sollte, wie ich vorhin gesagt habe, schlank sein, kurz sein, vielleicht nicht schon zu genau sagen, wie man es machen sollte. Es ist mir nicht nur ein Anliegen, dass wir die Motion jetzt hier verabschieden, sondern auch, dass das Büro möglichst schnell – wie die Vorrednerin vorhin gesagt hat – vorwärtsmacht und diese hier in diesem Parlament und Entscheidgremium vorlegt.

Ich glaube, die Umsetzung – auch hier schliesse ich mich wieder den Worten der Vorrednerin an – soll sich nicht an IT-Lösungen halten. Es kann nicht sein, dass wir hier quasi einen ganzen Büroarbeitsplatz installieren müssen wie Verwaltungsmitarbeitende, wie normale Leute, die zu hundert Prozent beim Kanton arbeiten. Wir sind ein Milizparlament. Die Umsetzung muss schlank sein, muss möglichst so sein, dass wir alle auf unseren bestehenden Arbeitsumgebungen, von der jeder und jede von uns eine andere hat, die Parlamentsarbeit digital verrichten können. Ich glaube, es gibt weltweit genug Leute und Firmen, die an solchen Lösungen arbeiten, und ich bin sicher, dass man dies im Parlament auch so machen könnte. Ich danke für die Unterstützung dieser Motion als Motion in beiden Punkten und hoffe auf eine Annahme.

Philip Kohli, Bern (BDP). Vorweg: Es ist sehr erfreulich, dass das Büro des Grossen Rates bereit ist, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Ich bin unsicher, ob die Motionärin die punktweise Abstimmung schon verlangt hat oder sich dies vorbehalten hat. Falls sie dies nicht schon verlangt hat, macht es jetzt hiermit die BDP-Fraktion: Wir würden über die beiden Punkte gern gesondert abstimmen lassen.

Die Pandemie, die wir heute erleben, stellt uns alle vor grosse Herausforderungen, eröffnet aber auch Chancen. Homeoffice ist für viele zu einer Selbstverständlichkeit geworden, Sitzungen mit Teams, Zoom, Facetime und so weiter ebenfalls. Kurz nach dem Lockdown beschloss das Gross-

ratspräsidium, dass Kommissions- und Ausschusssitzungen nicht mehr physisch, sondern per Videokonferenz, Mails, Apps und entsprechenden Zirkularbeschlüssen möglich sein sollen. Man beschloss auch, auf Papierversand zu verzichten und die Grossratsmitglieder auf das Extranet umzuleiten, was eigentlich nicht schlecht gelang. Wir tagen seitdem hier in dieser Festhalle, konnten alle Geschäfte – fast alle Geschäfte – behandeln, und zu einem grossen Unterbruch der politischen Arbeit ist es bis jetzt Gott sei Dank nicht gekommen.

Darum ist jetzt auch der richtige Moment, sich grundsätzlich zu überlegen, ob nicht in der Grossratsgesetzgebung und eventuell sogar auf Verfassungsstufe in Sachen Digitalisierung gewisse Änderungen sinnvoll wären. Das Büro des Grossen Rates hat schon im Mai entschieden, dass eine Überprüfung des Handelns des Grossen Rates und seiner Organe in ausserordentlichen Lagen gemacht werden soll. Unser Workspace, unser virtueller Arbeitsort – es ist gerade ein bisschen happig, aber grundsätzlich würde uns eine moderne, dem Datenschutz und der Daten- und Systemsicherheit entsprechende IT-Plattform zur Verfügung stehen. Eine papierlose Zusammenarbeit unter uns, aber auch mit der Regierung, mit der Verwaltung wäre damit grundsätzlich möglich, und damit wäre die Handlungsfähigkeit in technischer Hinsicht in ausserordentlichen Lagen deutlich und eindeutig vereinfacht. Mittels dieser Plattform werden für uns ein gesicherter E-Mail-Verkehr, aber auch sichere Telefon- und Videokonferenzen möglich. Wir können Daten vertraulich ablegen. Die von der Motion geforderten Punkte sollten hiermit also in technischer Hinsicht grundsätzlich umsetzbar sein. Trotzdem werden wir aber andere Fragen auch noch klären müssen: Sollte eine digitale Sitzungsteilnahme an Kommissionssitzungen möglich sein, oder sogar im Ratsplenum, und wenn ja, in welchen Fällen? Nur bei Pandemien, oder vielleicht auch, wenn jemand wegen einer Operation im Spital liegt? Und, und, und. Klar, das Parlament lebt von der physischen Anwesenheit und vom direkten Austausch vor Ort; das ist der Teil, der uns auch am meisten Spass macht. Aber sollten wir nicht trotzdem auch überlegen, welche Ausnahmen für welche Notfälle möglich wären?

Zusammenfassend meint auch das Büro, dass sich eine Prüfung, ob und wo in diesen Fragen Handlungsbedarf besteht, lohnen würde, und beantragt dem Grossen Rat, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Die BDP-Fraktion würde aber – jetzt haben wir ja die punktweise Abstimmung beantragt – Punkt 1 gern als Motion unterstützen. Bei Punkt 2 stellen sich einfach noch die Fragen, die ich vorhin aufgeworfen habe, und deshalb würden wir Punkt 2 als Postulat und nicht als Motion unterstützen. Deshalb regen wir an, Punkt 2 in ein Postulat zu wandeln, und ich gehe mal davon aus, dass mich meine Mutter als Mitmotionärin deswegen nicht enterben wird. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (PLR). Les motionnaires demandent d'élaborer une stratégie permettant au Grand Conseil de se réunir dans des situations extraordinaires sous forme numérique. Oui, chers collègues, la pandémie nous rend depuis quelques mois vulnérables. L'activité politique est perturbée. Elle a déclenché des dépenses supplémentaires pour nous permettre de poursuivre les travaux, par exemple, ici, à la Bernexpo.

Ces perturbations ne peuvent interrompre la représentation du peuple par son Grand Conseil. Il faut garantir à notre canton la possibilité de continuer son travail parlementaire, tout le monde est d'accord. Par exemple, alors, à distance en cas de situations exceptionnelles. Il faut mettre une infras-structure technique moderne sur pied afin d'assurer le contact, la protection des données et la sécurité et la santé des parlementaires. Le Conseil national et les cantons réfléchissent déjà à comment donner suite à cette situation spéciale. Nous, le groupe PLR, nous soutenons le postulat comme le propose le Bureau.

Präsident. Pour le groupe PS-JS-PSA, Mme Sandra Roulet – excuse-moi, tu as la parole.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS). Au nom du groupe PS-JS-PSA : La pandémie de la COVID-19 avec les mesures de semi-confinement édictées par le Conseil fédéral et les cantons ont des conséquences qui touchent inévitablement les activités politiques. Elles engendrent également des coûts supplémentaires dans ce domaine.

Il est primordial que le canton mette en place une stratégie pour gérer les risques émanant de cette situation et de réfléchir également à d'autres situations d'urgence qui pourraient restreindre ou bloquer le travail politique. Le canton de Berne a déjà fait de grands pas dans la mise en place de visio-conférences, conférences téléphoniques, de possibilités de prendre des décisions par voie de circulation, et nous saluons tous les efforts qui ont été réalisés. Il faut tout de même aller plus loin dans la réflexion sur les questions d'ordre institutionnel, les marges de manœuvre du Grand Conseil

dans une nouvelle manière de travailler, de parlementer et de voter à distance. La protection des données, la sécurité des données et du système doivent être définies et clairement établies. Les outils informatiques et électroniques pour le travail parlementaire des députés doivent être davantage développés.

Adapter la base légale du Grand Conseil, et si nécessaire de la Constitution cantonale, nous paraît être à réfléchir et indispensable ; le Bureau dans sa réponse le souligne également. La validité et le traitement des votes à distance, la forme des séances – présentes ou numériques –, la gestion des élections par bulletin secret doivent être clairement établies et définies.

En conclusion : nous ne comprenons pas tout à fait les arguments du Bureau, qui, sur le fond, est d'accord avec tous les points de la motion, mais qui l'accepte seulement sous forme de postulat. Une base légale et l'élaboration d'une stratégie qui permet au Grand Conseil de se réunir de manière numérique en cas de « lockdown » sont essentielles. C'est pourquoi le groupe PS-JS-PSA soutient la motion et le postulat à l'unanimité.

Präsident. Ich werde noch vor der Pause abstimmen lassen. Zuerst geht das Wort aber an Grossrat Bruno Vanoni für die grüne Fraktion.

Bruno Vanoni, Bern (Grüne). Nein, ich rede eigentlich als Einzelredner, aber das darf ich wahrscheinlich auch, oder? (*Der Präsident bestätigt dies. / Le président le confirme.*) Und zwar hat es mich jetzt ein bisschen gejuckt: Ich habe in der ersten Novemberwoche beim Büro einen Antrag eingereicht, man solle doch Mittel und Wege suchen, damit Grossratsmitglieder, die verordnet in Quarantäne geschickt werden und nicht hier sein dürfen, von zu Hause aus auf irgendeine Art abstimmen können. Jetzt ist mir klar: Der Vorstoss, über den wir jetzt reden, wurde bei der Einreichung vom Büro nicht als dringlich erklärt, und es ist mir klar: Auch wenn er als dringlich erklärt worden wäre, hätten wir das digitale Parlament jetzt wohl noch nicht. Aber wir brauchen es wahrscheinlich mit der Zeit. Was wir jetzt aber haben: 10 Grossratsmitglieder von dieser Seite (*Der Redner zeigt auf die Ratslinke. / L'orateur désigne la gauche d'un signe de la main.*) sind in Quarantäne. Sie sind jetzt zu Hause, sie können am Bildschirm zuschauen – nicht zuschauen, sie sehen uns nicht, aber sie können zuhören –, wie wir jetzt über diesen Vorstoss reden, und wahrscheinlich werden sie ein bisschen unleidig, weil sie das Gefühl haben müssen: «Weil wir 10 hier fehlen, fallen diese Vorstösse nachher durch.» Ich finde, das ist eine sehr unbefriedigende Situation, vor allem weil im Büro ein sehr einfaches Verfahren skizziert wurde und eigentlich vorbereitet gewesen wäre, dass sie sich telefonisch bei einer Vertrauensperson in diesem Saal melden könnten, und diese Vertrauensperson könnte auf einem zweiten Kästchen auf einen Knopf drücken – so, wie sie abstimmen wollen. Dies war aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Ich habe mich geschlagen gegeben, dass dies rechtlich nicht möglich ist.

Heute Morgen lese ich auf Instagram eine Mitteilung von verschiedenen Bundesparlamentariern, die schreiben – ich lese es Ihnen vor: «Überparteiliche Zusammenarbeit für die temporäre Änderung des Parlamentsgesetzes: damit Nationalräte und Nationalrätinnen mit behördlicher Quarantäne und Isolationsweisung elektronisch in Abwesenheit abstimmen können. Heute Morgen von 7 bis 8 Uhr verabschiedet, nach Kurzkonsultation voraussichtlich am Montag, 7.12., im Rat und idealerweise noch diese Session in Kraft.» Ich schliesse daraus: Auch rechtlich gibt es eine Möglichkeit, wenn ein Wille da ist. Und ich möchte jetzt wirklich an das Büro appellieren, für die Märzsession – für die wir keine Garantie haben, dass dann keine Probleme mit Quarantänefällen mehr bestehen – einen solchen dringlichen Weg zu prüfen und dann auch zu realisieren, allenfalls mit unserer Zustimmung am ersten Tag der Märzsession. Ich danke Ihnen.

Präsident. Einfach eine Bemerkung, Herr Grossrat Vanoni: Wir haben im Gegensatz zum Bund keine Möglichkeit für eine dringliche Gesetzgebung. Das haben wir leider nicht. – Die Motionärin hat noch einmal das Wort: Grossrätin de Meuron.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Ich habe zugehört und danke für diese Diskussion. Ich danke auch meinen Mitmotionären und Mitmotionärinnen, welche die Notwendigkeit unterstrichen haben. An dieser Stelle vielleicht auch noch ein Wort an Grossrat Kohli: Die Mutter wird ihn wahrscheinlich – hoffentlich – schon nicht enterben, aber vielleicht vermisse ich seine Mutter, die wahrscheinlich den nötigen Mut mit sich gebracht hätte, hier wirklich ein bisschen konkreter vorwärtszugehen. Ich kann auch rechnen: Quarantänebedingt ist es jetzt eben so, dass eine Wandlung nicht so viel bringen würde, damit wir eine Mehrheit hinbringen würden. Ich finde dieses Anliegen so wichtig,

dass ich dies nicht riskieren will, und beim Zuhören ist mir auch noch etwas durch den Kopf gegangen, das Grossrat Zaugg hier einmal gesagt hat – also nicht in diesem Saal, sondern noch im Rathaus: Er sagte, es gebe die drei Grundsätze der bernischen Politik, und das ist mir heute auch wieder durch den Kopf gegangen. Diese drei Grundsätze lauten: «Hei mer scho geng so gmacht», «Hei mer no nie so gmacht» und «Da chönnt ja jedi cho». Und ja, ich denke, diese Grundsätze kommen hier ein bisschen zum Vorschein. Vielleicht will ich ein bisschen zu schnell vorwärtsgehen – ich fände es wichtig –, aber mir ist dieses Anliegen so wichtig, dass ich lieber wandle und mich deshalb auch freue, wenn es dafür dann auch ein deutliches Ja zu einem Postulat gibt. Ziffernweise Abstimmung bringt insofern nichts – oder wir können es gern machen, aber ich würde beide Ziffern wandeln, denn wie gesagt: Ich will keine Ablehnung riskieren.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Traktandum 30, eine Motion der grünen Fraktion, «Digitales Parlament 2.0». Es ist punktweise Abstimmung verlangt, weswegen wir dies so durchführen werden. Beide Punkte sind aber in ein Postulat gewandelt. Wer die Ziffer 1 dieses Vorstosses annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.176; Ziff. 1 als Postulat)

Vote (2020.RRGR.176 ; ch. 1 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 125

Nein / Non 15

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 dieses Postulats angenommen, mit 125 Ja- bei 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Punkt 2: Wer die Ziffer 2 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.176; Ziff. 2 als Postulat)

Vote (2020.RRGR.176 ; ch. 2 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 127

Nein / Non 14

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 2 dieses Postulats angenommen, mit 127 Ja- bei 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Damit unterbreche ich unsere Verhandlungen. Wir gehen in die Pause und fahren hier um 17.00 Uhr mit dem Traktandum 61 weiter: Das sind dann eben die Geschäfte zur Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT), die wir miteinander behandeln werden; dazu gehören auch die Traktanden 72, 73, 76, 77, 88 und 89. Eine gute Pause!

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.

Die Redaktorinnen / Les rédactrices

Sereina Steinemann (d)

Ursula Ruch (f)